

anderem im Rahmen des Projekts der Millenniumsdörfer, und ersucht ihn, in seinen Bericht eine Bewertung dieser Initiativen aufzunehmen;

43. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Neuen Partnerschaft kohärenter wird, unter Zugrundelegung der vereinbarten Themenkomplexe, und fordert in dieser Hinsicht das System der Vereinten Nationen auf, die besonderen Bedürfnisse Afrikas auch weiterhin durchgängig in alle seine normativen und operativen Tätigkeiten zu integrieren;

44. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, Maßnahmen zur Stärkung des Büros des Sonderberaters für Afrika zu ergreifen, damit es seinen Auftrag, der die Überwachung der Fortschritte bei der Deckung der besonderen Bedürfnisse Afrikas und die Berichterstattung darüber umfasst, wirksam erfüllen kann;

45. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundsechzigsten Tagung auf der Grundlage der Beiträge der Regierungen, der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderer an der Neuen Partnerschaft interessierter Parteien einen umfassenden Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

RESOLUTION 64/265

Verabschiedet auf der 86. Plenarsitzung am 13. Mai 2010, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/64/L.52 und Add.1, eingebracht von: Antigua und Barbuda, Aserbaidschan, Australien, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Bolivien (Plurinationaler Staat), Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Finnland, Frankreich, Georgien, Grenada, Griechenland, Guatemala, Guyana, Haiti, Indien, Irland, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Kamerun (im Namen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Mitglieder der Gruppe der afrikanischen Staaten sind), Kanada, Kasachstan, Katar, Kolumbien, Kroatien, Kuba, Luxemburg, Malaysia, Malediven, Malta, Marshallinseln, Mexiko, Monaco, Montenegro, Nauru, Neuseeland, Nicaragua, Pakistan, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Portugal, Russische Föderation, Salomonen, Samoa, Schweiz, Serbien, Singapur, Slowenien, Spanien, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Thailand, Timor-Leste, Tonga, Trinidad und Tobago, Türkei, Ungarn, Uruguay, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern.

64/265. Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen³⁹ und das Ergebnis des Weltgipfels 2005⁴⁰ sowie auf die Ergebnisse der großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten, insbesondere die dort festgelegten gesundheitsbezogenen Entwicklungsziele,

sowie unter Hinweis auf alle ihre Resolutionen zur globalen öffentlichen Gesundheit, einschließlich derjenigen zur globalen Gesundheit und Außenpolitik,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 61/225 vom 20. Dezember 2006, in der sie beschloss, den 14. November zum Weltdiabetestag zu erklären und als solchen zu begehren,

in Bekräftigung der vom Tagungsteil auf hoher Ebene 2009 des Wirtschafts- und Sozialrats verabschiedeten Ministererklärung zum Thema „Verwirklichung der international vereinbarten Ziele und Zusagen betreffend die globale öffentliche Gesundheit“⁴¹,

³⁹ Siehe Resolution 55/2.

⁴⁰ Siehe Resolution 60/1.

⁴¹ Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-fourth Session, Supplement No. 3 (A/64/3/Rev.1)*, Kap. III.

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von allen von der Weltgesundheitsversammlung verabschiedeten einschlägigen Resolutionen und Beschlüssen über die Verhütung und Eindämmung nichtübertragbarer Krankheiten und unterstreichend, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten auch weiterhin gegen die wichtigsten Risikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten angehen, und zwar mittels der Durchführung des Aktionsplans 2008-2013 für die Globale Strategie zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten⁴², des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs⁴³, der Globalen Strategie für Ernährung, Bewegung und Gesundheit⁴⁴ und der evidenzbasierten Strategien und Maßnahmen zur Verringerung der durch schädlichen Alkoholgebrauch bedingten Probleme im Bereich der öffentlichen Gesundheit,

feststellend, dass die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen von ihren Lebensbedingungen und ihrer Lebensweise beeinflusst werden und dass die wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten mit gemeinsamen Risikofaktoren verbunden sind, nämlich Tabakgebrauch, Alkoholmissbrauch, ungesunder Ernährungsweise, Mangel an körperlicher Betätigung sowie Umweltkarzinogenen, im Bewusstsein dessen, dass diese Risikofaktoren wirtschaftliche, soziale, geschlechtsspezifische, politische, verhaltensbezogene und umweltbezogene Determinanten aufweisen, und in dieser Hinsicht die Notwendigkeit sektorübergreifender Maßnahmen zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten betonend,

unterstreichend, dass ein konzertiertes und koordiniertes Vorgehen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene erforderlich ist, um den von nichtübertragbaren Krankheiten, insbesondere den vier wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten, nämlich Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, chronische Erkrankungen der Atemwege und Diabetes, ausgehenden entwicklungsbezogenen und sonstigen Herausforderungen angemessen zu begegnen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der im September 2007 verabschiedeten Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Karibischen Gemeinschaft „Der Epidemie chronischer nichtübertragbarer Krankheiten mit vereinten Kräften Einhalt gebieten“,

sowie mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der im November 2009 verabschiedeten Erklärung der Regierungschefs des Commonwealth über Maßnahmen zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten,

Kenntnis nehmend von allen zur Verhütung und Eindämmung nichtübertragbarer Krankheiten unternommenen regionalen Initiativen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der Initiative der Regierung der Russischen Föderation zur Veranstaltung einer internationalen Ministerkonferenz über nichtübertragbare Krankheiten im Juni 2011 in Moskau,

mit Besorgnis feststellend, dass für Millionen Menschen in der ganzen Welt die Verwirklichung des Rechts eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit, einschließlich des Zugangs zu Medikamenten, immer noch in weiter Ferne liegt, und dass für viele von ihnen, insbesondere die Menschen, die in Armut leben, dieses Ziel in immer weitere Ferne rückt,

unterstreichend, dass die globale Gesundheit auch ein langfristiges Entwicklungsziel von lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Tragweite ist und anhaltender Aufmerksamkeit, des Engagements und einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf,

⁴² In Englisch verfügbar unter <http://www.who.int/nmh/publications/en/>.

⁴³ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2302, Nr. 41032. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2004 II S. 1538; öBGBI. III Nr. 219/2005.

⁴⁴ Siehe World Health Organization, *Fifty-seventh World Health Assembly, Geneva, 17–22 May 2004, Resolutions and Decisions, Annexes* (WHA57/2004/REC/1), Resolution 57.17.

und in dieser Hinsicht die Notwendigkeit bekräftigend, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit weiter zu stärken, unter anderem durch den Austausch bewährter Verfahren zum Aufbau der Kapazität der öffentlichen Gesundheitssysteme, zur Bereitstellung finanzieller Hilfe, zur Herstellung erschwinglicher, sicherer, wirksamer und hochwertiger Medikamente und zur Verbesserung des Zugangs dazu, zur Ausbildung, Einstellung und Weiterbeschäftigung von Personal im öffentlichen Gesundheitswesen, zur Entwicklung der Infrastruktur und zur Weitergabe von Technologie,

in Bekräftigung der Entschlossenheit, nationale Gesundheitssysteme, die ausgewogene gesundheitsbezogene Ergebnisse erzielen, als Grundlage für einen umfassenden Ansatz zu stärken, mit gebührender Aufmerksamkeit unter anderem für die Gesundheitsfinanzierung, einschließlich angemessener Haushaltsansätze, das Gesundheitspersonal, die Beschaffung und Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen, die Infrastruktur, die Informationssysteme, die die Überwachung nichtübertragbarer Krankheiten und ihrer Determinanten einschließen, die Leistungserbringung und den politischen Willen auf Führungs- und Lenkungebene,

betonend, dass eine wichtige Aufgabe des Systems der Vereinten Nationen darin besteht, den Regierungen bei der Weiterverfolgung und vollen Umsetzung der auf den großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen erzielten Vereinbarungen und Zusagen behilflich zu sein, insbesondere soweit sie sich auf Gesundheitsfragen beziehen,

in Anbetracht der Führungsrolle der Weltgesundheitsorganisation als der in erster Linie zuständigen Sonderorganisation für Gesundheitsfragen, einschließlich ihrer mandatsmäßigen Aufgaben und Funktionen auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik, und die Anstrengungen begrüßend, die sie in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, dem System der Vereinten Nationen, den Bretton-Woods-Institutionen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft sowie den Massenmedien bei der Förderung der öffentlichen Gesundheit auf allen Ebenen unternimmt,

sowie in Anbetracht des ungeheuren menschlichen Leids, das durch nichtübertragbare Krankheiten wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, chronische Erkrankungen der Atemwege und Diabetes entsteht, und der Bedrohung, die diese für die Volkswirtschaften vieler Mitgliedstaaten darstellen, wodurch Ungleichheiten zwischen Ländern und Bevölkerungen verschärft werden und damit die Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, gefährdet wird,

Kenntnis nehmend von der Aufforderung, die Aufnahme von Indikatoren zur Überwachung des Ausmaßes, der Trends und der sozioökonomischen Auswirkungen nichtübertragbarer Krankheiten in das Überwachungssystem für die Millenniums-Entwicklungsziele zu erwägen,

in Anbetracht dessen, dass insbesondere in den Entwicklungsländern keine ausreichenden statistischen Daten über nichtübertragbare Krankheiten vorliegen und dass es notwendig ist, einen Katalog standardisierter Indikatoren für die Datenerhebung und für Trendangaben im Zusammenhang mit nichtübertragbaren Krankheiten und ihren Risikofaktoren auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zu erarbeiten und in breitem Umfang zu verwenden,

überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, auf höchster politischer Ebene multilaterale Anstrengungen zu unternehmen, um gegen die weltweit steigende Prävalenz, Morbidität und Mortalität im Zusammenhang mit nichtübertragbaren Krankheiten vorzugehen und diesen Krankheiten in der Entwicklungszusammenarbeit durch die Verstärkung der diesbezüglichen Zusammenarbeit eine höhere Priorität beizumessen,

1. *beschließt*, für September 2011 eine Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs über die Verhütung und Eindämmung nichtübertragbarer Krankheiten einzuberufen;

2. *beschließt außerdem*, Konsultationen über den Umfang, die Modalitäten, die formale Gestaltung und die Organisation der Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten abzuhalten, mit dem Ziel, diese Konsultationen vorzugsweise noch vor Ende 2010 abzuschließen;

3. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, auf der im September 2010 abzuhaltenden Plenartagung auf hoher Ebene der fünfundsechzigsten Tagung der Generalversammlung über die Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele auch die steigende Inzidenz nichtübertragbarer Krankheiten und die sozioökonomischen Auswirkungen ihrer hohen Prävalenz weltweit zu erörtern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundsechzigsten Tagung in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, der Weltgesundheitsorganisation und den zuständigen Fonds, Programmen und Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen einen globalen Sachstandsbericht über nichtübertragbare Krankheiten mit besonderem Schwerpunkt auf den entwicklungsbezogenen Herausforderungen für die Entwicklungsländer vorzulegen.

RESOLUTION 64/267

Verabschiedet auf der 90. Plenarsitzung am 3. Juni 2010, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/64/L.53 und Add.1, eingebracht von: Ägypten, Äquatorialguinea, Armenien, Äthiopien, Australien, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Chile, China, Deutschland, Dominikanische Republik, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Finnland, Frankreich, Irland, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Jordanien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kolumbien, Kroatien, Kuba, Litauen, Luxemburg, Malediven, Marokko, Mauretanien, Mexiko, Montenegro, Neuseeland, Oman, Peru, Portugal, Republik Korea, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Seychellen, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, St. Lucia, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Vietnam, Zypern.

64/267. Weltstatistiktag

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf den Bericht, den der Generalsekretär der Statistischen Kommission auf ihrer einundvierzigsten Tagung vorlegte⁴⁵, sowie den Beschluss 41/109 der Kommission⁴⁶, in dem sie den Vorschlag billigte, den 20. Oktober 2010 als Weltstatistiktag zu begeben,

in Anerkennung der langen Geschichte der amtlichen Statistik und der unterstützenden Rolle, die die Vereinten Nationen seit 1947 spielen, als die Statistische Kommission mit dem Auftrag eingesetzt wurde, die Entwicklung nationaler Statistiken zu fördern und ihre Vergleichbarkeit zu verbessern, die statistische Arbeit der Sonderorganisationen zu koordinieren, zentrale Statistikdienste im Sekretariat aufzubauen, die Organe der Vereinten Nationen zu allgemeinen Fragen im Zusammenhang mit der Erhebung, Analyse und Verbreitung statistischer Informationen zu beraten und die Verbesserung der Statistiken und statistischer Methoden allgemein zu fördern,

in Anerkennung der grundlegenden Bedeutung nachhaltiger nationaler statistischer Kapazitäten für die Erstellung zuverlässiger und aktueller Statistiken und Indikatoren, die die Fortschritte eines Landes messen und eine unerlässliche Grundlage für fundierte politische Entscheidungen und für die Überwachung der Millenniums-Entwicklungsziele auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene darstellen,

⁴⁵ E/CN.3/2010/12.

⁴⁶ *Official Records of the Economic and Social Council, 2010, Supplement No. 4 (E/2010/24), Kap. I.B.*